

BESCHLUSSVORLAGE V0451/13 öffentlich	Referat	Referat III
	Amt	Amt für Brand- und Katastrophenschutz
	Kostenstelle (UA)	1300
	Amtsleiter/in	Herr Ulrich Braun
	Telefon	3 05-39 00
	Telefax	3 05-39 99
E-Mail	brand+katschutz@ingolstadt.de	
Datum	27.08.2013	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Kommission für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz	24.09.2013	Kenntnisnahme	

Beratungsgegenstand

Aktuelle Angelegenheiten des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungswesens;
Allgemeiner Situationsbericht
(Referent: Herr Chase)

Antrag:

Der Situationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

gez.

Helmut Chase
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Seit der letzten Sitzung der Kommission für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz am 26.06.2013 haben sich auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungswesens neue Themen ergeben, ebenso wurden bereits laufende Maßnahmen und Projekte fortgeführt. Diese sind in dem nachstehenden kurzen Situationsbericht zusammengefasst.

1. Einsatz „Geiselnahme im Alten Rathaus“ am 19.08.2013

Am Montag, 19.08.2013 ging gegen 09.00 Uhr bei der Integrierten Leitstelle Ingolstadt (ILS) von der Polizei-Einsatzzentrale die Meldung „Geiselnahme, Altes Rathaus“ ein. Durch die ILS wurden daraufhin folgende Einsatzkräfte/Einheiten der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr als Erstmaßnahme alarmiert und in Marsch gesetzt:

- die Berufsfeuerwehr mit
 - dem Inspektionsdienstbeamten (I-Dienst) und
 - einem Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF)

sowie zeitgleich

- der Rettungs- und Sanitätsdienst mit

- der Sanitätseinsatzleitung (SanEL),
- der Unterstützungsgruppe Sanitätseinsatzleitung (UG SanEL) und
- zwei Rettungswagen sowie einem Notarzt.

Da es sich bei diesem Einsatzgeschehen um einen klassischen Polizeieinsatz handelte, wurden die Einheiten der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zur Absicherung des Polizeieinsatzes und zur Amtshilfe entsendet. Die Einsatzleitung obliegt bei solchen Situationen der Polizei.

Nach Einweisung in die Lage durch den Einsatzleiter der Polizei vor Ort und Übernahme von Aufträgen wurden in Folge weitere Einheiten zur Unterstützung bei der ILS nachgefordert:

- bei der Berufsfeuerwehr
 - der Zugführerdienst, ein weiteres Hilfeleistungslöschfahrzeug und eine Drehleiter,
 - der Abrollbehälter Einsatzleitung-Kommunikation (AB-ELKo),
 - der Abrollbehälter Sanitätsdienst (AB-San) und
 - der stellvertretende Amtsleiter
- bei der Freiwilligen Feuerwehr Stadtmitte
 - ein Hilfeleistungslöschfahrzeug zur Absicherung und Absperrung
- bei der Werkfeuerwehr Audi AG
 - ein Abrollbehälter Einsatzleitung-Führung (AB-ELFü) zur gerätetechnischen Ergänzung der Feuerwehr-Einsatzleitung
- Rettungs-/Sanitätsdienst-Einheiten aus Ingolstadt, dem Landkreis Eichstätt und dem Landkreis Pfaffenhofen, vor allem zur Betreuung von Betroffenen.

Um das sonstige Einsatzgeschehen und die Gefahrenabwehr für das Stadtgebiet gewährleisten zu können, wurden die dienstfreien Beamten der Berufsfeuerwehr sowie Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Stadtmitte zur Wiederbesetzung der Feuerwache alarmiert. Durch diese Kräfte wurde auch der Aufgabenbereich „Versorgung und Logistik“ für die Einsatzstelle „Rathausplatz“ bewerkstelligt. Ebenso wurden durch die ILS für den rettungsdienstlichen Bereich Vorkehrungen getroffen, um die rettungsdienstliche/medizinische Versorgung der Bürger in Ingolstadt sicherzustellen.

Während des Einsatzes am Rathausplatz wurde im Übrigen der Rüstzug der Berufsfeuerwehr (bestehend aus Einsatzführungsdienst, Hilfeleistungslöschfahrzeug, Rüstwagen und Feuerwehrkran) zu einem gemeldeten „schweren Verkehrsunfall mit mehreren beteiligten LKWs“ auf die BAB A9 zwischen Anschlussstelle Manching und Langenbruck, Fahrtrichtung München alarmiert.

Insgesamt waren neben starken Polizeikräften folgende Einheiten und Organisationen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vor Ort im Einsatz bzw. mit am Einsatzgeschehen beteiligt:

- Feuerwehr Ingolstadt (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte) und Werkfeuerwehr Audi AG,
- Integrierte Leitstelle Ingolstadt,
- SanEL (Leitender Notarzt und Organisatorischer Leiter),

- UG SanEL,
- Arbeiter-Samariter-Bund Ingolstadt,
- Bayerisches Rotes Kreuz Ingolstadt,
- Bayerisches Rotes Kreuz Kösching,
- Bayerisches Rotes Kreuz Pfaffenhofen,
- Johanniter-Unfall-Hilfe Ingolstadt,
- Malteser-Hilfsdienst Eichstätt,
- Notärzte des Klinikums Ingolstadt.

Nach annähernd neun Stunden konnten durch einen gezielten Zugriff durch Polizeikräfte die Geiseln unverletzt befreit und die Geiselnahme erfolgreich beendet werden.

Für den geleisteten Einsatz ergeht an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön an alle am Einsatz beteiligten Einheiten und Kräfte der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr.

2. Projekt „Stromausfall IN“

Zur Bewältigung eines großflächigen, lang anhaltenden Stromausfalls in Ingolstadt wurde bekanntlich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Wittmann initiiert, welche die Aufgabe hat, sich dieser Problemstellung anzunehmen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Die derzeit bereits vorliegenden Informationen liefern neben wertvollen Hintergrundinformationen zum Krisenmanagement bei Stromausfall wichtige Planungshilfen zu Vorsorge, Bewältigung und Nachbereitung von Stromausfällen für die Beteiligten. Die diesbezüglichen Planungen werden weiterhin fortgeführt und zu einem „Krisenhandbuch Stromausfall Ingolstadt“ zusammengefasst.

In der Sitzung vom 26.06.2013 wurde der Kommission für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz der Sachstandsbericht zum Projekt „Stromausfall IN“ zur Kenntnis gegeben und ergänzend an Hand einer Powerpoint-Präsentation erläutert.

Im Ausblick dieses Berichtes sind dabei die finanziellen Mittel für die notwendigen Maßnahmen genannt.

Im Rahmen der Haushalts- und Finanzplanung für die Jahre ab 2014 wurden deshalb zwischenzeitlich für die Anschaffung von 13 tragbaren Stromerzeugern incl. Zubehör sowie zur Herstellung von 13 Stromeinspeisestellen an Feuerwehrgeräthäusern Mittel in Höhe von rd. 200.000 € eingeplant. In den Folgejahren werden weitere Mittel notwendig, um u. a. auch Notunterkünfte auszustatten.

Die Beschaffung von 500 Feldbetten ist im Übrigen bereits erfolgt.

3. Warn- und Informationssystem „KATWARN“

Nach Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund) wird derzeit den Kommunen in Deutschland unter dem Titel „Ergänzendes Bevölkerungswarnsystem KATWARN“ ein System angeboten, welches im derzeit offerierten Ausbauzustand SMS- und E-Mail-Nachrichten versenden kann und dabei im Grundausbau die Nummerierung von Postzustellbezirken zur Selektion nutzt.

Das System „KATWARN“ funktioniert wie folgt:

Die Anmeldung erfolgt per SMS über eine Servicenummer unter Angabe des Stichworts „KATWARN“ und der Postleitzahl des Wohnortes.

Beispiel einer Anmeldung für Warnungen per SMS: KATWARN 12345 (für das Postleitzahlengebiet 12345)

Beispiel einer Anmeldung für Warnungen per SMS und E-Mail: KATWARN 12345 [hans.mustermann\(at\)mail.de](mailto:hans.mustermann(at)mail.de) (für das Postleitzahlengebiet 12345)

Nur Bürger, die sich an KATWARN mit einer Postleitzahl angemeldet haben, erhalten bei Gefahrenlage am angegebenen Ort automatisch eine Warnung per SMS bzw. SMS/E-Mail. Über die Servicenummer können nur SMS und keine Sprachanrufe angenommen werden. Außer dem üblichen SMS-Preis des Mobilfunkanbieters für die Anmeldungs-SMS entstehen keine weiteren Kosten für den Nutzer.

Kosten für die Stadt Ingolstadt:

Neben den einmaligen Einführungs- und Schulungskosten in Höhe von z. Zt. 15.000 Euro und jährlichen Supportgebühren von ca. 3.000 Euro entstehen je SMS Kosten von z.Zt. 6 Cent. Dieser auf den ersten Blick unerhebliche Wert kann sich im Dauerbetrieb zu größeren Beträgen summieren. Es ist zu bedenken, dass regelmäßige Probealarmierungen (etwa vier p.a.) erforderlich werden und jede Warnung auch eine Entwarnung sowie ggf. zwischenzeitliche Informationen zu Lageänderungen erforderlich macht.

Bei KATWARN handelt es sich um ein System, das privatwirtschaftlich betrieben wird. Daraus erwachsen Risiken bezüglich der Verfügbarkeit. Es musste bereits mehrfach beobachtet werden, dass „Alarmierungssysteme“, die von privaten Telekommunikationsunternehmen am Markt angeboten wurden, kurzfristig abgeschaltet wurden, nachdem die Systeme nicht profitabel betrieben werden konnten oder aber die Unternehmen insgesamt ihre Tätigkeit einstellten bzw. einstellen mussten.

Die Integrierte Leitstelle Ingolstadt wird für die Kreisverwaltungsbehörden der Region 10 einen Termin zur Produktvorstellung durch den Hersteller initiieren. Die Durchführung der Veranstaltung ist für Oktober 2013 geplant.

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Ingolstadt hat im Übrigen bereits 1998 ein umfangreiches Warnkonzept entwickelt, mit dem die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ingolstadt rasch über Gefahren und über erforderliche Verhaltensweisen unterrichtet werden (mittels Sirenen, Lautsprecherdurchsagen und Rundfunk). Dieses System wurde bereits mehrfach durch andere bayerische Kommunen und Kreisverwaltungsbehörden übernommen.

4. Einbau von Abgasabsauganlagen in Feuerwehrgerätehäuser

Fahrzeuge mit Dieselmotoren setzen beim Betrieb Dieselmotoremissionen (DME) frei. Nach den Vorschriften der Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (GefStoffV), die auch für ehrenamtlich tätige Personen wie z.B. den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren gilt, sind

Gefährdungen der Gesundheit und der Sicherheit von Personen bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen auszuschließen oder, soweit dies nicht möglich ist, auf ein Minimum zu reduzieren. Konkretisiert werden diese Verpflichtungen in der Technischen Regel für Gefahrstoffe „Abgase von Dieselmotoren“ (TRGS 554). Danach sind in Abstellbereichen von dieselbetriebenen Fahrzeugen DME, die insbesondere beim Starten sowie Ein- und Ausfahren entstehen, so abzuführen, dass keine Personen durch sie gefährdet werden.

Noch im Jahr 2013 sollen deshalb in den Feuerwehrgerätehäusern Etting, Haunstadt, Haunwöhr, Mailing und Zuchering sog. mitfahrende Abgasabsauganlagen eingebaut werden.

Die Nachrüstung der Hauptfeuerwache und der übrigen Feuerwehrgerätehäuser ist für das Jahr 2014 geplant, entsprechende Haushaltsmittel sind eingeplant.

Im Einzelnen wird bei jedem Stellplatz ein Kanalstrang mit je einem Schlauchwagen mit Zubehör angebracht. Die Abgase der zwei oder drei (je nach Feuerwehrgerätehaus) Einsatzfahrzeuge werden dabei jeweils bis zum Hallentor abgesaugt. Dort löst sich der mittels eines Magneten an das jeweilige Abgasrohr befestigte Abgastrichter automatisch. Gegenüber der Hallentore wird eine Abgassammelleitung montiert, die mittels eines Abgasventilators die Abgase der Fahrzeuge ins Freie befördert.

Die Kosten für alle fünf genannten Feuerwehrgerätehäuser liegen bei ca. 98.000 €

5. Konzept für den Massenansturm von Verletzten

In der Sitzung der Kommission für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz vom 26.06.2013 hat der Geschäftsführer des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Region Ingolstadt (ZRF), Herr Griesche, das Konzept für den Massenansturm von Verletzten in den Grundzügen erläutert.

In Absprache mit Herrn Griesche wird dieses Thema zuständigkeitshalber künftig in den Sitzungen des ZRF weiterbehandelt. Sobald hierzu neue Informationen vorliegen, werden diese der Kommission zur Kenntnis gegeben.